



# Dr. Stefan Kaufmann

02/2016  
02.02.2016

## Brief aus Berlin



### Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer Reihe von Neujahrsempfängen haben wir in Stuttgart das neue Jahr politisch begrüßt. Die verschiedenen Veranstaltungen waren zugleich auch der Auftakt für die heiße Phase des Landtagswahlkampfes. In den nächsten Wochen gilt es, gemeinsam deutlich zu machen, dass Baden-Württemberg eine bessere Regierung als Grün-Rot verdient hat! Der Slogan der CDU-Kampagne „Lust auf Zukunft“ beschreibt treffend, worum es uns geht. Bildung, Sicherheit, Wirtschaft, Verkehr und Familie sind die zentralen Politikbereiche, die wir besonders ins Zentrum rücken werden. Im Übrigen sind die Grünen auch in der Flüchtlingspolitik Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Für den Endspurt bis zur Wahl am 13. März braucht es nun eine gemeinsame Anstrengung in den vier Stuttgarter Wahlkreisen. Unsere vier überzeugenden Kandidatinnen und Kandidaten Dr. Donata Kluxen-Pyta, Stefanie Schorn, Dr. Reinhard Löffler und Roland Schmid verdienen das volle Engagement der gesamten CDU Stuttgart. Gemeinsam werden wir zeigen, dass wir die besseren Rezepte für Stadt und Land haben. Dafür nehmen wir die guten Impulse und den Schwung aus den gelungenen Neujahrsempfängen mit Guido Wolf, Wolfgang Schäuble, Volker Kauder und Thomas Strobl mit. Stellen wir uns gemeinsam dem Wettstreit mit dem politischen Gegner und tragen unseren Teil zur Abwahl von Grün-Rot bei!

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

### Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494  
Fax: 030/227-76228  
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:  
stefan.kaufmann@bundestag.de

## Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

**Berlin** – Wer das Erinnern nicht pflegt, fördert das Vergessen. Deshalb wird seit 20 Jahren der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 als Gedenktag im Bundestag begangen. Dieses Jahr hielt die US-amerikanische Literaturwissenschaftlerin, Schriftstellerin und Überlebende des Holocaust Prof. Dr. Ruth Klüger die Gedenkrede. Im vergangenen Jahr hatte anlässlich des 70. Jahrestages Bundespräsident Gauck in der Gedenkstunde im Bundestag gesprochen. Die 84-jährige Klüger wurde im Alter von zwölf Jahren in das Konzentrationslager Theresienstadt und später nach Auschwitz deportiert. Ihr Vater und ihr Halbbruder wurden ermordet. In ihrer Rede im Plenarsaal schilderte Klüger im Beisein des Bundespräsidenten und der Vertreter der Verfassungsorgane in eindringlichen Worten ihre persönlichen Erlebnisse. Ihr eigenes Überleben verdanke sie einem „Zufall von wenigen Minuten und einer gütigen Frau, die ich nur einmal im Leben gesehen habe“. Im Mittelpunkt des Erinnerns stand in diesem Jahr die Zwangsarbeit. Klüger schilderte ihre persönlichen Erfahrungen im Arbeitslager Christianstadt – dort musste sie im Alter

von 13 Jahren Zwangsarbeit im Forst leisten, ihre Mutter arbeitete in einer Munitionsfabrik. Zwangsarbeit sei schlimmer als Sklavenarbeit, weil der leib-eigene Sklave einen Geldwert

verantwortlich gewesen sei, habe heute den Beifall der Welt gewonnenen „dank seiner geöffneten Grenzen und der Großzügigkeit, mit der Sie die Flut von syrischen und anderen Flüchtlingen aufgenommen haben und noch aufnehmen. Ich bin eine von den vielen Außenstehenden, die von Verwunderung zu Bewunderung übergegangen sind“. Dies sei für sie, die gegenüber Gedenkritualen sehr skeptisch sei, der „Hauptgrund“ gewesen, die Einladung zur Rede im Bundestag anzunehmen. Trotz Hindernissen und Rückschlägen werde weiterhin an einem – zum



Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. © Deutscher Bundestag / Achim Melde

für seine Besitzer hat, den dieser verliert, wenn er den Sklaven verhungern oder erfrieren lässt, sagte Klüger. Die Zwangs-

Deutschland des Nationalsozialismus gegensätzlichen – Vorbild gearbeitet „mit dem schlichten und dabei heroischen Slogan: Wir schaffen das.“ Zu Beginn der Gedenkstunde hatte Parlamentspräsident Norbert Lammert die Bedeutung von Erinnerungskultur unterstrichen



Prof. Dr. Ruth Klüger während ihrer Rede im Deutschen Bundestag © Deutscher Bundestag / Achim Melde

arbeiter der Nazis seien wertlos gewesen, die Ausbeuter hätten sich immer noch neue verschaffen können: „Sie hatten ja so viel ‚Menschenmaterial‘, wie sie es nannten, dass sie es wortwörtlich verbrennen konnten.“ Seither seien zwei oder drei Generationen hier aufgewachsen und das Land, das vor 80 Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts

und betont, dass jede Generation ihre eigene Kultur des Gedenkens entwickeln müsse. Mit Nachdruck mahnte Lammert zu Wachsamkeit gegen Unmenschlichkeit. Sich gegen Ausgrenzung, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu stellen, gelte ausnahmslos für alle, „die in diesem Land leben wie für diejenigen, die wann und wo auch immer [...]“

## Brief aus Berlin

CDU

[...] in dieses Land gekommen sind“. Bereits am Montagabend hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Kunst aus dem Holocaust“ im Deutschen Historischen Museum betont, die Erinnerung an den Zivilisationsbruch der Shoah werde immerwährende Verantwortung Deutschlands bleiben. Mit Blick auf die in

*Die Ausstellung „Kunst aus dem Holocaust“ ist noch bis zum 3. April 2016 im Deutschen Historischen Museum zu sehen. Nähere Informationen gibt es hier: <http://bit.ly/1nT1Jrf>*

der Ausstellung gezeigten 100 Werke aus der Sammlung der Gedenkstätte Yad Vashem sagte die Kanzlerin: „Die hier gezeigten Bilder mahnen uns – jedes Bild auf seine eigene Art und Weise –, das, was geschehen ist, für immer im Gedächtnis zu behalten, das Andenken an die Opfer zu bewahren und uns mit ganzer Kraft für das ‚Nie wieder!‘ einzusetzen“.



Mit meiner Kollegin Gudrun Zollner (CSU) und meinem Kollegen Dr. Jan-Marco-Luczak (CDU) bei der Kranzniederlegung.

**Berlin** – Im Anschluss an die Gedenkstunde im Plenarsaal haben meine Fraktionskolleginnen und -kollegen Sabine Sütterlin-Waack, Gudrun Zollner, Jan-Marco Luczak und ich im Rahmen einer Gedenkstunde für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Namen der CDU/CSU-Fraktion einen Kranz niedergelegt. An der Gedenkveranstaltung auf Initiative der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und des Lesben- und Schwulenverbands im Berliner Tiergarten waren zahlreiche Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages und dem Abgeordnetenhaus von Berlin gekommen.

## Flüchtlings- und Asylpolitik weiter im Fokus

**Berlin** – Die Flüchtlingsfrage war das bestimmende Thema der vergangenen Plenarwoche im Bundestag. Am Freitagnachmittag habe ich in der Gorch-Fock-Straße in Sillenbuch die neue Notunterkunft besucht. Im Anschluss habe ich in meiner Bürgersprechstunde, die ich regelmäßig in den einzelnen Stadtbezirken meines Wahlkreises durchführe, im Trauzimmer des Bezirksamts Sillenbuch mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern gesprochen. Wenig überraschend war das Hauptthema aller Gesprächspartner die Flüchtlingsfrage und das persönliche Sicherheitsempfinden nach den Vorfällen des Silvesterabends auch hier in Stuttgart. Bei aller Kritik, die an der Politik der großen Koalition im Bund von den Menschen geäußert wurde, wird unser Bemühen um eine Lösung gesehen. Auch auf den von der CDU Stuttgart vorgeschlagenen „6-Punkte-Plan für ein sicheres und gutes Zusammenleben in Stuttgart“ sowie die vom Kreisvorstand einmütig beschlossene „Stuttgarter Erklärung“, in der wir unsere Position als Kreisverband zusammengefasst haben, habe ich von den Menschen positive

Rückmeldungen erhalten. Durch die Sitzungswoche zog sich die Flüchtlingsfrage wie ein roter Faden: im Fraktionsvorstand am Montagmittag – an dessen Sitzungen ich in diesen Wochen in Vertretung für meinen erkrankten Arbeitsgruppenvorsitzenden Albert Rupprecht teilnehme –, in der Landesgruppensitzung

on: die hohe Zahl der Flüchtlinge wollen wir spürbar, nachhaltig und dauerhaft reduzieren. Dass es in der Frage, wie wir dieses Ziel erreichen, in einer Demokratie unterschiedliche Auffassungen gibt, ist mit Blick auf die Größe der vor uns liegenden Herausforderung nicht überraschend. Jedoch hat die Art und

politische Mitbewerber mögen pauschal Kritik an der Lage der Dinge äußern. Von der CDU erwarten die Menschen umsetzbare und nachhaltige Lösungsvorschläge, die wir kontrovers diskutieren dürfen, ja müssen, dann aber auch entschlossen um- und vor allem auch durchsetzen. Für uns als CDU steht fest, dass unser Land auf Dauer so viele Flüchtlinge und Asylsuchende nicht aufnehmen, versorgen und integrieren kann. Deshalb ist es unser Ziel, den Zuzug dauerhaft und wirksam zu begrenzen. Kanzleramtsminister Peter Altmaier, der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, hat jedoch auch Recht, wenn er darauf hinweist, dass „Lösungen über Nacht“ nicht realistisch sind. Mit dem „Asylpaket II“, auf das sich die Koalitionsspitzen in der vergangenen Woche verständigt haben, bringen wir zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms auf den Weg. Wichtig ist aus unserer Sicht insbesondere die Erklärung von Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass die Grünen ihrer Verantwortung gerecht werden [...]

### Asyl- und Flüchtlingspolitik

#### Koalition handelt: Weg für Asylpaket II frei

- Tunesien, Marokko und Algerien sollen zusätzlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.
- Asyl-Schnellverfahren für Bewerber aus sicheren Herkunftsländern in speziellen Aufnahme-Einrichtungen.
- Einschränkung des Familiennachzugs für Flüchtlinge, die nicht unmittelbar persönlich verfolgt sind.

CDU

am Montagabend, in der Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag und –abend, in der wir über mehrere Stunden intensiv miteinander diskutiert und beraten haben sowie verschiedenen weiteren Gelegenheiten, stand das Thema im Fokus. Klar ist unser gemeinsames Ziel als Koaliti-

Weise, wie wir in der Koalition und auch innerhalb der Union um die besten Lösungen in der Sache gerungen haben und ringen, die Menschen eher verunsichert. Es ist wichtig, dass wir Handlungsfähigkeit zeigen! Die Union steht hier in einer besonderen Verantwortung. Andere

## Brief aus Berlin



[...] und dieses Vorhaben nicht über den Bundesrat blockieren. Eine weitere wichtige Maßnahme ist das Aussetzen des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige für einen Zeitraum von zwei Jahren. Damit reduzieren wir den Familiennachzug auf das, was nach Europarecht erforderlich ist. Wir haben vor, das Asylpaket II noch im Februar im Bundestag zu verabschieden. Das zeigt, mit welchem Nachdruck wir an den Problemlösungen arbeiten. In den vergangenen Monaten haben wir bereits eine ganze Reihe umfangreicher und sehr weitgehender Maßnahmen ergriffen. So hat aktuell in der vergangenen Sitzungswoche der Bun-

*Was die CDU in der Asyl- und Flüchtlingspolitik erreicht und weiter vorhat, hat das Konrad-Adenauer-Haus hier zusammengefasst: <http://bit.ly/1QSBegR>*

desrat der Einführung des sogenannten Flüchtlingsausweises zugestimmt. Damit kann es nach der Unterschrift durch den Bundespräsidenten und seiner Verkündung in Kraft treten. Mit dem Ausweis werden wichtige Daten einheitlich erfasst, Identitätstäuschungen erschwert, Mehrfacherhebungen von Daten vermieden und Asylverfahren beschleunigt. In der nächsten Sitzungswoche werden wir außerdem ein Gesetz zur erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer beraten. Das Bundeskabinett hat den entsprechenden Gesetzentwurf am Mittwoch beschlossen.

*Der 6-Punkte-Plan für ein sicheres und gutes Zusammenleben in Stuttgart: <http://bit.ly/1UCpKNA>*

Ziel der beschlossenen Regelung ist es, die Ausweisung krimineller Ausländer zu erleichtern. Außerdem soll Asylbewerbern, die straffällig werden, die Anerkennung als Flüchtling konsequenter versagt werden können. Mit diesem Vorhaben reagieren wir auf die Vorfälle der Silvesternacht. Für richtig halte ich im Übrigen auch den Vorschlag der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden und rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl Julia Klöckner, die mit ihrem „Plan A2“ einen flankierenden Vorschlag zu den Aktivitäten auf europäischer und internationaler

*Die „Stuttgarter Erklärung zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik“: <http://bit.ly/1Q6t9jW>*

Ebene vorgelegt hat. Deutlich wird bei allen unbestreitbaren Problemen eines: die CDU ist die Partei, die an konkreten und umsetzbaren Lösungen arbeitet. Nun gilt es, noch ausstehende Beschlüsse rasch zu fassen und bei der Umsetzung noch schneller zu werden! Vergessen werden darf bei aller auch berechtigten Kritik am Bund nicht die Verantwortung der Länder. Gerade unsere baden-württembergische Landesregierung ist in der Flüchtlingsfrage zu zögerlich. Guido Wolf hat die Defizite unter anderem auf dem Neujahrsempfang der CDU Stuttgart klar benannt. Ein Grund mehr für einen Politikwechsel im Land, für den es in den nächsten Woche zu kämpfen lohnt!

## Innovative Arbeitsforschung debattiert



**Berlin** – Die Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel etwa mit Blick auf die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und die Auswirkungen des demografischen Wandels. Um Antworten und Lösungen auf die wegweisenden Fragen für die Arbeitswelt von morgen zu finden, ist eine gut aufgestellte, fundierte und umfänglich finanzierte Arbeitsforschung unverzichtbar. Aus diesem Grund unterstützen wir als Unionsfraktion zusammen mit unserem Koalitionspartner das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung angekündigte Rahmenprogramm „Innovationen für die Produk-

*Mein Redebeitrag in der Debatte: <https://youtu.be/lxMDXCmODnA>*

tion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“. In einem gemeinsamen Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Umsetzung des Programms zeitnah vorzunehmen, die Einbindung verschiedener Netzwerke, Plattformen und Initiativen in Bund und Ländern zu gewährleisten und Fragen der Arbeitsforschung auf europäischer Ebene stärker zu fördern. In der Debatte habe ich den Antrag als stellvertretender Sprecher für Bildung und Forschung vorgestellt. Im nächsten Schritt werden wir ihn nun in den Fachausschüssen diskutieren.

*Den Antrag der Koalitionsfraktionen „Innovative Arbeitsforschung für eine Humanisierung unserer Arbeitswelt und mehr Beschäftigung“ finden Sie im Internet unter: <http://bit.ly/1P8mUwi>*

## Red Hand Day im Bundestag



**Berlin** – Auch in diesem Jahr hat die Kinderkommission des Bundestages zur Beteiligung

am „Red Hand Day“ aufgerufen, um ein Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen als Soldaten zu setzen. Gemeinsam mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeitern und Besuchern habe auch ich meine rote Hand gezeigt. Weltweit sammeln Aktivisten rote Handabdrücke, die das Nein zur Rekrutierung von Kindersoldaten symbolisieren sollen. Die Kinderkommission leitet die gesammelten Handabdrücke an die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder und bewaffnete Konflikte, Leila Zerrougui, weiter.



**Besuchen Sie mich auf Facebook!**

Unter [www.facebook.com/StefanKaufmannMdB](http://www.facebook.com/StefanKaufmannMdB) finden Sie mich auf Facebook. Ich freue mich über diese direkte Form des Dialoges und über viele neue Kontakte – auch auf den Social-Media-Plattformen.

### Intelligente Mobilität vorantreiben

**Stuttgart/Berlin** – Die Automobilindustrie ist für den Wirtschaftsstandort Stuttgart nach wie vor von herausgehobener Bedeutung. Damit das so bleibt, müssen wir bei Forschung und Innovation vorne mitschwimmen. Zur Mobilität der Zukunft gehört

zentrales Feld das autonome und vernetzte Fahren. Hier muss der Standort Stuttgart bei der Entwicklung dabei sein. Dazu passt gut eine aktuelle Förderausschreibung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg für ein Testfeld zum autonomen Fahren. Bei dieser Ausschreibung sollte sich auch die Landeshauptstadt mit dem Gelände des Unicampus Vaihingen der Universität Stuttgart bewerben! Ein Testfeld zum vernetzten und automatisierten Fahren in Stuttgart wäre ein klares Be-

*Der Koalitionsantrag „Intelligente Mobilität fördern – Die Chancen der Digitalisierung für den Verkehrssektor nutzen“:*  
<http://bit.ly/1PJwqeV>

*Die Förderbekanntmachung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg:*  
<http://bit.ly/1nCHIp2>

*Der Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion „Stuttgart braucht ein Testfeld für vernetztes und automatisiertes Fahren“:*  
<http://bit.ly/1KK7mNn>

kenntnis, dass wir als Standort die Technologieführerschaft im Automobilbau behaupten wollen! Ich bin meinen Kolleginnen und Kollegen der CDU-Gemeinderatsfraktion Stuttgart dankbar, dass sie meine Bitte aufgegriffen haben und unserem etwas innovationslahmen

OB Fritz Kuhn mit einem Antrag zu diesem Thema etwas Beine machen! Als Koalitionsfraktionen haben wir zum Thema intelligente Mobilität am Freitag einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem wir die

Bundesregierung auffordern, die verkehrsträgerübergreifende Förderung der intelligenten Mobilität weiter voranzutreiben. Der Antrag wird nun von zuständigen Ausschüssen weiter beraten. Als Stuttgarter bleibe ich an diesem wichtigen Zukunftsthema weiter dran!

### Jahresauftakt der Konrad-Adenauer-Stiftung



EU-Kommissar Günther Oettinger während seiner Rede

**Stuttgart** – Beim politischen Jahresauftakt der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Stuttgarter Hospitalhof mit EU-Kommissar Günther Oettinger und unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl zum Thema Wirtschaft 4.0 habe ich gerne teilgenommen und ein Grußwort beigesteuert. Das Thema ist für Baden-Württemberg be-

sonders wichtig, da wir als industrielles Kraftzentrum bei der Verschmelzung von Industrie mit der IT besonders viel verlieren – oder aber auch gewinnen können. Der Bund engagiert sich im Rahmen der Hightech-Strategie. Insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) treibt das Thema aktiv voran und hat rund 120 Millionen Euro an Fördermitteln für spezifische Vorhaben zu Indust-

rie 4.0 bewilligt; insgesamt hat die Bundesregierung für Industrie 4.0 bislang 200 Millionen Euro zugesagt. Das Engagement der grün-roten Landesregierung in diesem Bereich ist wie so oft leider sehr schwach. Insgesamt 500 Gäste waren beim KAS-Jahresauftakt zu Gast. Herzlichen Dank an Stefan Hofmann und sein Team für die Vorbereitung!

### Wolfgang Schäuble zu Gast in Degerloch



Zusammen mit dem Vorsitzenden der CDU-Bezirksgruppe Degerloch, Götz Brauer, Landtagskandidatin Stefanie Schorn, meiner Bundestagskollegin Karin Maag und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (von links)

**Stuttgart** – Sehr gerne habe ich vergangenen Freitag im SSB-Veranstaltungszentrum auf der Waldau am Neujahrsempfang der CDU Degerloch teilgenommen. Herzlichen Dank an

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der das Publikum im vollbesetzten Saal mit einer hervorragenden Rede überzeugen konnte. Ich danke auch der CDU-Bezirksgruppe Degerloch und ihrem Vorsitzenden Götz Brauer für die Organisation. Das

war eine super Veranstaltung für unsere Kandidatin Stefanie Schorn! Gerade auf den Fildern ist es wichtig, den Verkehrsmminister Winfried Hermann in die Schranken zu weisen.

### Pressefrühstück zum Kampagnenstart



Zusammen mit den Stuttgarter Landtagskandidaten Dr. Reinhard Löffler, Stefanie Schorn, Dr. Donat Kluxen-Pyta und Roland Schmid (von links)

**Stuttgart** – Bei einem Pressefrühstück am vorvergangenen Freitag haben wir unsere vier Kandidatinnen und Kandidaten

der CDU Stuttgart zur Landtagswahl vorgestellt. Dr. Donat Kluxen-Pyta, Stefanie Schorn, Dr. Reinhard Löffler und Roland Schmid sind die Richtigen für Stuttgart. Bitte helfen Sie in den nächsten Wochen alle mit, dass unsere Kandidaten ihre jeweiligen Direkt-

mandate gewinnen. Jede Stimme zählt wenn es darum geht, die grün-rote Landesregierung abzuwählen.